
Hartmut Rübner

Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte. Zweiter Teil*

Von der „Bolschewisierung“ zur „Stalinisierung“ der KPD

Das Führungskorps der KPD ist in dem biographischen Handbuch von Hermann Weber und Manfred Herbst nach den Kriterien Zugehörigkeit zu den internen und externen Führungsorganen, leitende Funktionen in Partei und Massenorganisationen, Angehörige in Reichstag, Landtagen und Bürgerschaften, Redakteur/innen der Parteipresse, Konferenzteilnehmer/innen und Instruktoren im Widerstand und Exil versammelt.¹ Die erste Auflage des Kompendiums verzeichnet 1.400 Personen, die erweiterte Zweitauflage 1.675² – der nachfolgende Supplementband zusätzlich 194.³ Von den 1.675 in der zweiten Auflage aufgenommenen deutschen Kommunist/innen kamen 470 auf gewaltsame Weise zu Tode, also fast jede/r Dritte. Aus dem Führungspersonal der jungen Partei wurden bereits 1919 maßgebliche Exponenten und Exponentinnen von den Freikorps oder deren Sympathisanten liquidiert: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Eugen Leviné, Leo Jogiches. Andere starben im Spanischen Bürgerkrieg im Kampf gegen die klerikalfaschistischen Putschisten Francos. Von den höheren Funktionären wurden 256 im Zuge der Ver-

* Teil Eins des Beitrags ist erschienen in: Sozial.Geschichte Online / Offline, 34 (2023), S. 73–121.

¹ Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 45 f.

² Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945. Überarb. u. erw. Aufl., Berlin 2008.

³ Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2013, S. 11.

folgung im Nationalsozialismus ermordet, mindestens 208 fielen den stalinistischen Säuberungen zum Opfer. Damit bekam der Eugen Leviné zugeschriebene Ausspruch aus dessen, mit seinem Todesurteil endenden Hochverratsprozess im Sommer 1919 eine zynische Wendung: „Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub.“

An den parteiinternen Auseinandersetzungen über prinzipielle Grundfragen ihrer Politik drohte die KPD wiederholt zu zerfallen. Dementsprechend wechselten die Leitungsinstanzen im Parteiapparat mehrfach. Zunächst heterogen in der Zusammensetzung, verlor die Partei mit der seit dem Heidelberger Parteitag der KPD (S) (20. bis 23. Oktober 1919) forcierten Ausgrenzung seitens der Parteileitung und letztendlichen Abstoßung ihrer sozialrevolutionären Opposition ungefähr die Hälfte ihrer militanten Mitglieder an die von den ausgeschlossenen Linksradikalen Anfang April 1920 inaugurierten KAPD.⁴ Der gravierende Substanzverlust im Frühjahr 1920 wurde schon im Dezember des Jahres durch den Zusammenschluss mit dem linken Flügel der USPD mehr als aufgewogen. Infolge dieses Zustroms der abtrünnigen Linksozialisten avancierte die VKPD („Vereinigte KPD“) zur Massenorganisation.⁵ Zur elitären Leitungsriege der vormaligen Spartakusgruppe⁶ und den nicht zur KAPD übergewechselten ehemaligen „Links-

⁴ Vgl. zur Abspaltung der linken Opposition auf dem 2. („Heidelberger“) Parteitag der KPD (S) im Oktober 1919 und zu deren organisatorischer Verselbständigung: Peter Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Ringkämpfen innerhalb der KPD, phil. Diss., Universität Hamburg 1970, S. 280–308; Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 139–152 u. S. 225 ff.

⁵ Mit rund 359.000 (abgerechneten) Mitgliedern erreichte die KPD im März 1921 ihren quantitativen Höchststand. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik [1948], 4. Aufl., Hamburg 1986, S. 321. Zum Vereinigungsvorgang vgl. Hartfrid Krause, Die USPD 1917–1931. Spaltungen und Einheit, Münster 2021, S. 333 ff.

⁶ Der „Spartakusbund“ geht auf die im August 1914 als innerparteiliche Reaktion gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik formierte „Gruppe Internationale“ zurück, die sich ab 1916 als „Spartakusgruppe“ bezeichnete und sich im April 1917 der von der SPD abgespaltenen USPD als linker Flügel anschloss. In der Novemberrevolution gründete sich der Bund als deutschlandweite, parteiunabhängige Organisation mit dem Namen „Spartakusbund“ neu. Auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 befanden sich unter den 127 Delegierten 94 Spartakus-

radikalen“ in der KPD gesellte sich nun ein auf Seriosität bedachter Funktionärskreis aus der USPD, der sich – wie Paul Frölich in seinen Erinnerungen lakonisch bemerkt – sowohl in ihrer bürokratischen Einstellung wie auch hinsichtlich ihrer habituellen Manieren überaus deutlich von der alten radikaloppositionellen Garde unterschied. Kaum überraschend, dass Letztere den Neuzugängen nicht unbedingt mit Sympathie begegneten.⁷ Von den inkorporierten USPD-Linken schieden bald manche als „Rechtsabweichler“ wieder aus, als die KPD – im Verein mit der KAPD – die neue Offensivtheorie der Komintern im März 1921 („Märzaktion“) in die Praxis umsetzte.⁸ Einige Abtrünnige oder unfreiwillig Geschasste sammelte Paul Levi (1883–1930) in der *Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft*.⁹

leute und 29 IKD-Vertreter. Vgl. Ottokar Luban, *The Role of the Spartacist Group after 9 November 1918 and the Formation of the KPD*, in: Ralf Hoffrogge / Norman LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933*, London 2017, S. 45–65; Marcel Bois, *Zwischen Burgfrieden, Repression und Massenstreik. Zum Einfluss der Spartakusgruppe auf die Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges*, in: Andreas Braune / Mario Hesselbarth / Stefan Müller (Hg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?* (= Weimarer Schriften zur Republik; Bd. 3), Stuttgart 2018, S. 91–106.

⁷ Paul Frölich, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921*, hg. und mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S. 245 ff. Paul Frölich (1884–1953) gelangte über die IKD in die KPD, deren Vorstand er bis 1924 angehörte und die er von 1921 bis 1924 im Reichstag vertrat. 1928 ausgeschlossen, wechselte er zur KPD (O), die ihn in ihr Leitungsgremium optierte. Vgl. Riccardo Altieri, „Antifaschisten, das waren wir ...“. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022. Zu den früheren Organisationszugehörigkeiten, Altersstruktur und sozioprofessionellen Herkunftsbezügen des engeren Führungskorps: Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 26 ff.

⁸ Bei der „Märzaktion“ bzw. dem „Mitteldeutschen Aufstand“ handelt es sich um eine von der KPD, KAPD und anderen linksradikalen Gruppierungen initiierte Arbeiterrevolte in der Industrieregion um Halle, Leuna, Merseburg sowie im Mansfelder Land, welche die Regierungstruppen militärisch niederschlug. Bei den Kämpfen starben etwa 180 Menschen, darunter 35 Polizisten. In der Folge wurden 6.000 Beteiligte verhaftet, davon 4.000 zu meist langjährigen Haftstrafen. Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, *Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. 1986; Christian Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“? Der mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000.

⁹ Im Frühjahr 1922 fusionierte das Gros der KAG mit einem Flügel der Rest-USPD und stieß Ende des Jahres zur SPD. Explizit: Bernd Dieter Fritz, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft*

Das Ende der insurrektionistischen Phase der KPD markiert der fehlgeschlagene Aufstandsversuch vom Oktober 1923. Für das Fiasko machte die von Ruth Fischer und Arkadi Maslow angeführte „Berliner Opposition“ die Parteileitung unter Heinrich Brandler und August Thalheimer persönlich verantwortlich. Tatsächlich hatte Brandler die Konsequenz aus der Absage der Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen an die Aufständischen gezogen und die aussichtslose Unternehmung gestoppt. In Hamburg, wo die Order der Zentrale den Parteibe-zirk nicht erreicht hatte, brach der isolierte Aufstand rasch zusammen. Nach dem Debakel standen sich in der KPD-Spitze die Vertreter/innen der „Realpolitik“ und der „Fundamentalopposition“ gegenüber, ohne dass das Pendel zunächst auf eine Seite ausschlug.¹⁰ In dieser Pattsituation suchten beide Lager jeweils Beistand bei der linken beziehungsweise rechten Fraktion der Komintern. Die Kritiker an dem rechten „Opportunismus“, allen voran Karl Radek in seiner Eigenschaft als Deutschlandexperte der Komintern, gewannen die Oberhand, nachdem Lenin, der stets die Einheitsfrontpolitik favorisierte, krankheitsbedingt ausgefallen war.¹¹

Auf Betreiben der Komintern wurde zunächst die „Linke“ Ruth Fischer in die KPD-Zentrale aufgenommen und dann die Parteileitung der KPD abgesetzt, wodurch die bereits seit Mai 1923 in der Parteispitze präsen-te Linksopposition ein stärkeres Gewicht bekam. Die geschassten Exponenten der „Rechten“, Brandler und Thalheimer, wurden in die Sowjetunion abberufen, wo sie – mit höhergestellten Funktionen

(KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts“-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, phil. Diss. Universität Bonn 1966.

¹⁰ Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 42–50.

¹¹ Jens Becker, *Die „rechte“ Opposition und der 6. Weltkongress – Alternativen zur Stalinschen Wendung der Komintern-Politik 1928*, in: Theodor Bergmann / Mario Kessler (Hg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992, S. 106–114; Alexander Vatlin, *Der „heiße Herbst“ des Jahres 1928. Über die Stalinisierung der Komintern*, in: ebd., S. 115–122; Wolf-Dietrich Gutjahr, *Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie*, Köln / Weimar / Wien 2012, S. 564.

betrault – bis 1928 gewissermaßen „kominterniert“ wurden.¹² Die mit der Spaltung der KPD-Führung einhergehende Trennung der Mehrheit von der Fraktion um Thalheimer und Brandler führte zur Bildung einer informellen „Mittelgruppe“, die sich auf etwa ein Viertel der Mitgliedschaft stützen konnte. Anfang 1924 hielt das Exekutivkomitee (EKKI) der Komintern in Moskau eine Konferenz ab, an der die rivalisierenden Fraktionen der KPD teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit kristallisierte sich die „Mittelgruppe“ deutlicher heraus.¹³ Ihr Wortführer, Hermann Remmele, erhielt im Februar des Jahres das Mandat als vorläufiger Parteivorsitzender; das Amt des Stellvertreters ging an Ernst Thälmann, einen Protagonisten der Parteilinken.¹⁴ Das Interregnum dieser Mitte-Links-Koalition an der Spitze dauerte nur bis zum 9. Kongress der KPD im April 1924, auf dem die „rechte“ Strömung („Mittelgruppe“) nur noch eine Statistenrolle spielte und der von der *Gruppe Maslow-Fischer* angeführten Parteilinken unterlag. Aus der „rechten“ Opposition der „Mittelgruppe“ um Brandler und Thalheimer, die auf eine pragmatische Einheitsfront-Politik setzte, den Aufbau eigener Gewerkschaftsverbände ablehnte und aufgrund dessen ihren inoffiziellen Fraktionsstatus in der KPD schließlich verlor, sollte 1928/29 die eigenständige *KPD-Opposition* (KPO) hervorgehen.¹⁵

¹² Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001; ders., Ein unabhängiger Kommunist: August Thalheimers Wirken in der Arbeiterbewegung, in: Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin / Boston 2018, S. 97–114, hier S. 103 ff.; Theodor Bergmann, Die Thalheimers – Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

¹³ K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, 2. Aufl., Erlangen 1970, S. 49 ff.; Florian Wilde, Revolution als Realpolitik – Ernst Meyer (1887–1930). Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz 2018, S. 227 ff.

¹⁴ Zu dessen Biographie „auf der Grundlage einer bürgerlichen Sichtweise“: Armin Fuhrer, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, München 2011, S. 14; sachlich: Thälmann, Ernst (1886–1944), in: Weber / Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 1), S. 782–785.

¹⁵ Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO) (wie Anm. 13), S. 109 ff. Die nach ihrer Selbsteinschätzung leninistische KPO, definierte sich selbst nicht als Partei, sondern als „organisierte Richtung innerhalb des Kommunismus“. Sie absorbierte zunächst etwa 3 bis 4.000 aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder und erreichte Ende 1930 mit rund 6.000 Mitgliedern den

Im neu eingerichteten Polbüro verfolgte die KPD unter Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem und Ernst Thälmann ab 1924/25 einen ultralinken Kurs, der sich gegen all jene Funktionäre richtete, die für eine moderate Linie eintraten und/oder mit einer Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften sympathisierten.¹⁶ Eine entschiedene Kampfansage, aufgrund derer sich viele Funktionäre zurückzogen und die zuvor besetzten Positionen in den Gewerkschaften aufgaben.¹⁷ In Anbetracht des Umstandes, dass sich die Wirtschaft nach der Hyperinflation erholte, waren die Wähler/innen wenig geneigt, die ultralinke Wende der KPD zu goutieren. Im Reichstag tat sich die Fraktion – mit Fischer an der Spitze – hauptsächlich mit Propaganda und Obstruktion hervor, insbesondere mit systemfeindlichen Attacken und persönlich gefärbten Schmähreden. Für die „Ultralinken“ war der bürgerliche Parlamentarismus nur die verschleierte Form der Herrschaft der Großbourgeoisie. Insofern bekam ihre Parlamentsarbeit vor allem eine instrumentelle Bedeutung als Agitationsplattform. Wahlergebnisse galten ihnen bestenfalls als Gradmesser für die Revolutionierung der Massen.¹⁸

Die Quittung der Wähler/innen für diese Form der Obstruktionspolitik, konkret: den Antiparlamentarismus im Parlament, fiel recht drastisch aus. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom Mai 1924 sank der Stimmenanteil der KPD um mehr als ein Viertel von 12,6 auf

Zenit ihres Mitgliedsbestandes. Die KPO beteiligte sich ohne große Erfolge an einigen Kommunal- und Landtagswahlen. Mit Rückgriff auf Marx' „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852) entwickelt der KPO-(O)-Vordenker August Thalheimer eine Faschismus-Analyse, die von der eher eindimensionalen, auf die NSDAP als Werkzeug des Monopolkapitals abstellende Definition der Komintern abwich und die Abwehr des Nazismus von der gemeinsamen Aktion einer Einheitsfront der Arbeiterschaft abhängig machte.

¹⁶ Mario Keffler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln 2013, S. 195; Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz / München 2014, S. 258 ff.

¹⁷ Mario Keffler, Resisting Moscow? Ruth Fischer and the KPD, 1923–1926, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 6), S. 109–128, hier S. 118.

¹⁸ Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 334 f.; Keffler, Ruth Fischer (wie Anm. 16), S. 206 ff.

8,9 Prozent. Binnen kurzer Zeit, von September 1923 bis zum zweiten Quartal 1924, verlor die Partei rund 200.000 beitragszahlende Mitglieder.¹⁹ Mit ihrem „ultralinken“ Kurs setzte die KPD die auf dem V. Kongress der Komintern im Juni/Juli 1924 von Sinowjew eingeleitete Bolschewisierung kompromisslos in die Praxis um. Jede Ländersektion war demnach unverrückbar an die VKP(b) gebunden, hatte ihren Mitgliedern strikte Disziplin abzufordern und alle parteiinternen Fraktionen oder Gruppierungen auszuschalten, was die innerparteiliche Willensbildung wesentlich einschränkte. Insofern erhielt die sich auf leninistische Prinzipien berufende Bolschewisierung, die sich gegen abweichende Einstellungen („Luxemburgismus“ und „Trotzkismus“) und die Beseitigung aller „sozialdemokratischen Traditionen“ in der kommunistischen Bewegung richtete, bereits die Grundsubstanz für die spätere Stalinisierung der KPD.²⁰

Was indessen zählte, war Erfolg. Und eben dieser blieb den „Ultralinken“ versagt. Obwohl Fischer von ihrer intransigenten Linie abrückte, indem sie auf die SPD zuing und zuletzt sogar ihren Genossen auf Seiten der Parteilinken in den Rücken fiel, war die ultralinke Tendenz auf dem Rückzug und seit dem 10. Parteikongress im Juli 1925 hoffnungslos marginalisiert. Ebenso verlor sie den Rückhalt im EKKI, die für die parteiinterne Konfusion das „ultralinke“ Führungsgremium verantwortlich machte und eine Konsolidierung der KPD eher von einer vertrauenswürdigen (also loyalen), mit „proletarischen Elementen“ durchsetzten Parteispitze erwartete. Auf Initiative der Komintern wurde das Tandem Maslow/Fischer am 1. November 1925 dazu veranlasst, den Abschied vom Parteivorsitz zu nehmen. Als sich die Kaltgestellten darauf mit ihrem Protest dagegen an die Basis wandten, bekamen sie etwas

¹⁹ Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 18), S. 101 ff. u. S. 362.

²⁰ Mario Keßler / Yvonne Thron, Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Bergmann / Keßler (Hg.), Aufstieg und Fall der Komintern (wie Anm. 11), S. 85–94, hier S. 92 f.; Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 10), Berlin 1985, S. 416 ff.

von ihren eigenen Methoden zu spüren: In der auf die neue Linie gebrachten Parteipresse als „Spalter“ verschrien, wurden beide mitsamt drei anderen Kritikern Thälmanns im August 1926 aus der Partei ausgeschlossen.²¹ Die aus der Partei entfernten Fischer und Maslow boten der Linksoption gegen den Stalinschen Kominternkurs ein Forum in der unabhängigen Reichstagsgruppe *Linke Kommunisten*. Nach kurzzeitigem Engagement in der KPD-Linksabspaltung *Leninbund* im Jahr 1928, dessen – gegen die KPD gerichtete – Wahlkandidatur sie indes ablehnten, zogen sich beide ins Berufsleben zurück.²²

Die „ultralinke“ Phase der KPD fand im Dezember 1926/27 ihr vorläufiges Ende. Der aggressive Kurs gegen die Sozialdemokratie wurde abgelöst von einer – durch die höheren Kader Ernst Meyer und Ernst Thälmann personifizierten – pragmatischen Neuorientierung, die eine überlegte Revision in taktischen Fragen zuließ und insofern einer „Einheitsfront von oben“, also einem Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Führung, den Weg bahnen sollte – eine Politik, die einerseits auf die relative Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse reagierte und andererseits dem Vordringen „reaktionärer“ bzw. „monarchistischer“ Kräfte nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 Rechnung trug.²³ Auch die offensiver eingeforderten Rückerstattungs- und Entschädigungsforderungen des Hochadels, allen voran jene des tonangebenden Hohenzollern-Clans, boten der KPD den Anlass, gegenüber der SPD und dem ADGB – beide ungleich mitgliederstärker – eine konziliantere Haltung einzunehmen. Auf den Vorschlag eines konzertierten Vorgehens zugunsten einer

²¹ Keßler, Ruth Fischer (wie Anm. 16), S. 267 f.

²² Vgl. Rüdiger Zimmermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 111 ff.; Ralf Hoffrogge, Werner Scholem (wie Anm. 16), S. 326 ff. Der sich Anfang April 1928 konstituierende „Leninbund“ organisierte zunächst ca. 6.000 Mitglieder, die überwiegend nach der – durch die Führung unter Ernst Thälmann betriebene – Verdrängung des „ultralinken“ und „linken“ Flügel aus verantwortlichen Positionen entweder aus der Partei ausgeschlossen wurden oder ausgetreten waren.

²³ Otto Langels, *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928*, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 49–59.

entschädigungslosen Fürstenenteignung reagierte die sozialdemokratische Parteiführung zunächst reserviert, entschied sich aber aufgrund der Popularität der Initiative an der Basis zur Beteiligung an dem Plebiszit („Volksbegehren“). Es wurde im März 1926 von 35,5 Prozent aller Wahlberechtigten unterzeichnet und übertraf damit das erforderliche Quorum um das Dreifache. Damit verbuchte die KPD den größten Erfolg ihrer „Einheitsfrontkampagne“.²⁴ Die halbherzig eingefädelte „Einheitsfront von oben“ blieb jedoch ein Intermezzo. Der 1928 von Ernst Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann angestoßene erneute Schwenk zu ultralinken Positionen setzte der verhaltenen Annäherung ein Ende.²⁵

Nachdem sich im April 1924, wie erwähnt, die Linken in der Führungsriege durchgesetzt hatten, wechselte ein Teil der „Mittelgruppe“ zum linken Flügel, während eine von Ernst Meyer angeführte Gruppierung weiter gegen den vor allem von Ruth Fischer personifizierten Linkskurs opponierte. Diese von den kominternloyalen Linken unter Ernst Thälmann verstärkte Fraktion bekam nach Ruth Fischers Ablösung Aufwind und stellte zwischen 1926 und 1928 die Spitze der KPD. Die seit 1927 als „Versöhnler“ titulierte „Mittelgruppe“ mit Ernst Meyer, Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Gerhart Eisler und Georg Schumann an der Spitze war leninistisch orientiert und sprach sich – ebenso wie die „Rechten“ in der Partei – für eine pragmatische Realpolitik aus, die die Gewerkschaften und das Parlament als kommunistische Betätigungsfelder anvisierte.²⁶ Im Unterschied zu den „Rechten“ bekräftigten

²⁴ Vgl. Ben Fowkes (Hg.), *The German Left and the Weimar Republic. A Selection of Documents*, Leiden / Boston 2014, Dok. 5.14, S. 158 ff. Der nachfolgende Volksentscheid vom 20. Juni 1926 übertraf zwar das Ergebnis des Volksbegehrens, scheiterte aber dennoch, weil zwischenzeitlich ein entsprechendes Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung als verfassungsändernd erklärt worden war, wodurch für dessen Annahme eine absolute Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Stephan Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021, S. 154–167.

²⁵ Dokumentiert in: Günther Fuchs / Erwin Lewin / Elke Reuter / Stefan Weber (Hg.), *Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation*, 2. Aufl., Berlin 2018; vgl. auch Winkler, *Der Schein der Normalität* (wie Anm. 20), S. 667 ff.

²⁶ Arthur Ewert war einer der Exponenten der sogenannten „Mittelgruppe“ innerhalb der KPD-Führung, die von der damaligen Komintern-Führung unterstützt wurde. Die „Mittelgruppe“ wandte

die „Versöhnler“ die Dominanz der VKP(b) in der Komintern, wollten unter allen Umständen in der KPD verbleiben und lehnten insofern jede Parteispaltung ab. Im Herbst 1928 nutzten die gemäßigten KPD-Führer einen Unterschlagungsskandal im Hamburger Parteibezirk („Wittorf-Affäre“), in den Thälmann verwickelt war, zur Lancierung einer Kampagne gegen die „ultralinke“ Komintern-Politik, die darüber hinaus auf die Enthebung des Parteiführers abzielte. Stalin intervenierte daraufhin, und das ihm gefügige EKKI setzte Thälmann am 6. Oktober 1928 wieder in seine Parteifunktionen ein.²⁷

Im Zuge der ultralinken Wende der Komintern bereits kaltgestellt, verloren die „Versöhnler“ mit dem Tod Ernst Meyers im Februar 1930 ihren letzten Rückhalt. Sie unterlagen der Stalin-treuen Mehrheit im Zentralkomitee und mussten ihren informellen Faktionsstatus aufgeben. Das Ruder übernahm nun – uneingeschränkt von jedweder Opposition – die stalinistische Linke um das Triumvirat Thälmann-Neumann-Remmele. Von Stalin und der Komintern protegiert, begab sich die KPD damit noch stärker in eine freiwillige Abhängigkeit gegenüber der Moskauer Zentrale. Auf deren Anweisung unterzog sich der Parteiapparat der KPD einem Umbau, bei dem die erfahrenen alten Kader durch jüngere Funktionäre ersetzt und auf die Führerschaft Thälmanns eingeschworen wurden. Thälmann indes hielt mittels interner Überwachungsmaßnahmen seine unliebsamen Kontrahenten Remmele und Neumann in Schach. Im Sommer 1932 hatte der Parteivorsitzende „sein persönliches Überwachungssystem innerhalb des KPD-Apparates perfektioniert“.²⁸

sich gegen „rechtsopportunistisches Kapitulantentum“, aber auch gegen die „linkssektiererische“ Ablehnung jeglicher Einheitsfront-Politik. Vgl. Ronald Friedmann, Arthur Ewert. *Revolutionär auf drei Kontinenten*, Berlin 2015.

²⁷ Vgl. dazu u. a. Hermann Weber / Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003.

²⁸ Bert Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933* (= *Studien zur Zeitgeschichte*; Bd. 74), München 2007, S. 249.

Rechte, Linke, Mittelgruppe, Ultralinke: Fraktionierungen und Zentrifugalkräfte

„Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, aus denen jeweils der Apparat, der ja mehr war als Bürokratie der Organisation, als Gewinner hervorging und bei denen permanent ein Austausch der Kader erfolgte.“²⁹ So gehörten zu den „Rechten“ in der KPD Parteiführer wie Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Frölich und Jakob Walcher sowie deren Anhänger/innen, die nach dem praktischen Scheitern der „Offensivtheorie“ im März 1921 und dem Fiasko des Aufstandsversuch im Herbst 1923 nicht von ihren Positionen abrückten und dadurch in Konflikt mit der Komintern gerieten.³⁰ Die von 1921 bis Herbst 1922 tonangebende „Rechts“-Opposition optierte für eine an die Tradition der linken Vorkriegssozialdemokratie anknüpfende Realpolitik, die eine Einheitsfront mit der SPD beinhaltete und für eine konstruktive Mitarbeit mit oder in den Freien Gewerkschaften und den Parlamenten optierte.

Als Protagonist der Einheitsfrontpolitik, die auf die Durchsetzung von Teilforderungen im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und den Linksparteien abzielte, gilt Ernst Meyer. Mit dieser den nichtrevolutionären Verhältnissen angepassten Taktik versuchte der Parteivorsitzende die KPD als Schrittmacherin in Arbeitskämpfen oder politischen Kampagnen in Stellung zu bringen – wenn nötig im Konflikt mit den „reformistischen“ Führungsspitzen, die im Fall ihrer Verweigerungshaltung als Hemmschuhe des Klassenkampfes erscheinen konnten. Nicht nur der Anstieg der Mitgliederzahlen, sondern auch die Ausweitung von kommunistischen Stützpunkten auf der Funktionärebene der Freien Gewerkschaften sowie die Wahlergebnisse schienen zumindest die Effizienz einer Strategie zu bestätigen, wie sie Meyer als Vorbedingung einer

²⁹ Hermann Weber, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch Historische Kommunismusforschung (im Folgenden: JHK), 2007, S. 221–244, hier S. 234.

³⁰ Ernst Stock / Karl Walcher, Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

revolutionären Massenpolitik anstrebte.³¹ Anklang fanden die „Rechten“ in der KPD vor allem unter qualifizierten Arbeiter/innen sowie in der mittleren Ebene der Gewerkschafts- und Kommunalfunktionäre mit regionalen Schwerpunkten in Thüringen und Sachsen und einigen mittleren Großstädten in Süd- und Westdeutschland.

Als die linken Sozialdemokraten der rot-roten Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923 ihre Unterstützung für den – von der KPD als Auftakt für einen bewaffneten Aufstand der „Proletarischen Hundertschaften“ vorgeschlagenen – Generalstreik verweigerten, brachte diese Absage die linke Opposition wegen des „Verrats“ der sozialdemokratischen Führer in Rage. In Anbetracht des Umstandes, dass die KPD anschließend in die Illegalität gedrängt wurde, bekam dieser Vorwurf durchaus Gewicht.³² Jedenfalls war dem Einheitsfront-Experiment damit praktisch ein Endpunkt gesetzt und stattdessen der „Sozialfaschismus“-Doktrin der Weg bereitet. Die Spitzengruppe der „rechten“ Strömung, die zumeist dem Spartakusbund angehört hatte, und deren Anhänger/innen stemmten sich sowohl gegen die „ultralinke Wendung“ der KPD als auch gegen die von der Komintern ausgegebene „Sozialfaschismus“-Theorie. Ihre Kritik richtete sich gegen die hegemonale Führerschaft Stalins in der Komintern, die sie andererseits für Sowjetrußland akzeptierten und sich dadurch gegen Trotzki stellten.³³ Die Angehörigen der „Rechts“-Opposition wurden 1928/29 entweder ausgeschlossen oder verließen die KPD aus eigenen Stücken, um sich in der KPD-Opposition (KPO) zu sammeln, die es auf über 4.000 Mitglieder brachte.³⁴

³¹ Florian Wilde, Building a Mass Party: Ernst Meyer and the United Front Policy, 1921–1923, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 6), S. 66–86. Explizit: Florian Wilde, Revolution als Realpolitik – Ernst Meyer (1887–1930). Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz 2018, S. 147 ff.

³² Gutjahr, Revolution muss sein (wie Anm. 11), S. 601 ff.

³³ Über die Verwerfungen, die die Ausgründung der KPO in der Spitze der VKP(b) und in der Komintern auslöste, informiert Wladislaw Hedeler, Nikolai Bucharin. Stalins tragischer Opponent. Eine politische Biographie, Berlin 2015, S. 315–330.

³⁴ Dazu grundlegend: Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO) (wie Anm. 13).

Nach der Abspaltung der KAPD im April 1920 und der ersten innerparteilichen Linksopposition gegen das Polbüro, zunächst unter Ernst Meyer (1921/22) und dann unter Heinrich Brandler (1922/23), etablierte sich 1924 nun mit Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Ernst Thälmann, Werner Scholem, Paul Schlecht, Iwan Katz, Hugo Urbahns, Arthur Rosenberg, Otto Weber, Anton Grylewicz und anderen eine Riege aufstrebender „Linker“ als maßgebender Machtfaktor in der Partei, in der sie die „Rechten“ aus den Führungsgremien drängten und den Kurs in eine unbestimmt-radikale Richtung lenkten.³⁵ Unter Berufung auf Lenin unterstützten die Linken die Bolschewisierung der KPD. Dabei konnten sie sich so lange auf die Protektion Sinowjews berufen, bis sie das Zweckbündnis mit der „Mittelgruppe“ aufkündigten und in puncto der von ihnen intendierten Gewerkschaftsspaltung die Formalien der Komintern einhielten.³⁶ Anklang fand die linke Fraktion, der sich bis zu Dreiviertel der Mitgliedschaft zugehörig fühlte, unter radikalisierten Arbeiter/innen, vor allem Erwerbslosen. Ihre Ablehnung der Einheitsfrontpolitik brachte die linke Opposition in Konflikt mit der Komintern. Unter Druck geraten, spaltete sich die Parteilinke im Herbst 1925 und hinterließ eine kominternkonforme Richtung (Ernst Thälmann u. a.) in der Parteileitung sowie eine neue Linke in der Opposition, angeführt von der zuvor von ihren Funktionen enthobenen Spitze um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Paul Schlecht. Mehrere hundert Funktionäre erklärten in einem „Brief der 700“ ihre Solidarität mit der linken Opposition sowohl in der KPD als auch in der VKP(b). Ausdrücklich verwarfen sie darin die Theorie des „Sozialismus in einem Lande“, forderten „wirkliche Parteidemokratie in der Komintern und in der KPdSU“, protestierten gegen die Maßregelungen unter anderem Sinowjews und monierten, dass „die ZKs der Sektionen der Komintern wie auch das ZK

³⁵ Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln 2003, S. 100 ff.

³⁶ Harald Jentsch, Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005, S. 378 ff.

der KPD vorbehaltlos den Beschlüssen des Stalinschen ZK der KPdSU zustimmen und behaupten, die Mitglieder täten das Gleiche“.³⁷

In der Folgezeit verließen viele Linke die KPD oder wurden ausgeschlossen. Bis zu 6.000 Dissidenten fanden in dem im April 1928 ins Leben gerufenen *Leninbund* eine neue politische Heimat. Dieser trat entschiedener als zuvor die KPO als zweite kommunistische Partei in Deutschland auf.³⁸ Schon im Vorfeld der Reichstagswahl von 1928 kam es im *Leninbund* zu einem Disput über die Beteiligung an den Parlamentswahlen, worauf die Wortführer/innen der Gegenposition – beinahe sämtliche prominenten Politiker/innen (Fischer, Maslow, Scholem u. a.) – bis auf Hugo Urbahns (welcher den *Leninbund* bis zu dessen Ende führte) ausschieden. Die spärliche Resonanz der Opposition bei den Reichstagswahlen, ein Differenzierungsprozess unter den Mitgliedern und der folgende Linksschwenk der Komintern veranlassten viele Leninbündler zur Rückkehr in eine KPD, die sich unter der Führung Thälmanns endgültig zur deutschen Stalin-Fraktion entpuppte und infolgedessen jedwede innerparteiliche Kritik als antileninistischen „Luxemburgismus“ brandmarkte.

Bereits die pragmatisch-taktische „Rechtswendung“ der Fischer-Maslow-Führung im Frühjahr 1925 war nicht ohne Friktionen erfolgt – sie markierte die Scheidelinie zwischen den Parteilinken. Dabei unterlagen die „Ultralinken“, die sich gegen die von Sinowjew auf dem V. Weltkongress der Komintern (17. Juni bis 8. Juli 1924) vorgegebene Bolschewisierung wandten, den von ihrer kominternkritischen Linie abrückenden „Linken“.³⁹ Aufgrund ihrer „Abweichungen“ geriet die „Ul-

³⁷ Erklärung von 700 KPD-Mitgliedern zur russischen Frage und gegen die Verfolgung der Linken Opposition in der Sowjetunion („Brief der 700“) v. 1. September 1926, in: Hermann Weber / Jakov Drabkin / Bernhard H. Bayerlein (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern. II: Dokumente (1918–1943), Teilband 1, Berlin / München / Boston 2015, S. 531–538, hier S. 534, 536 u. 538.

³⁸ Rüdiger Zimmermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 102. Vgl. auch Marcel Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, Kap. 4.6. Von der KAPD existierte zu diesem Zeitpunkt nur noch ein unbedeutender Rest.

³⁹ Mit dem Schlagwort „Bolschewisierung“ verstanden die „Mittelgruppe“ und die „Linke“ in der KPD jeweils andere Vorstellungen. Während die „Mittelgruppe“ eher auf einen organisationsstruk-

tralinke“ ins Abseits, weil sie ihre distanzierte Einstellung der tonangebenden Moskauer Zentrale gegenüber nicht revidierte, indem sie etwa die Vormachtstellung der VKP(b) gegenüber der Komintern ablehnte, die sie vor allem in der Person Stalins personifiziert sah.⁴⁰ In der „ultralinken“ Opposition vereinte sich ein Kern von Parteiintellektuellen, darunter die Zentrale-Mitglieder Werner Scholem, Arthur Rosenberg und Iwan Katz. Dazu kamen Karl Korsch, Ernst Schwarz, Theodor Neubauer und Arbeiterveteranen wie Hans Weber, Arthur Voigt und Wilhelm Kötter, die aufgrund ihrer Integrität einen starken Rückhalt in einigen KPD-Bezirken besaßen. Die ultralinke Strömung erreichte mehrere Tausend oft erwerbslose Parteimitglieder, blieb indessen disparat und zerfiel bereits 1926 in divergierende Gruppierungen jenseits der KPD. Zu diesen zählte der *Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen*, der Ende Juni 1926 aus der Vereinigung der KPD-Opposition (Linke KPD) von Iwan Katz mit einem von Franz Pfemfert und Oskar Kanehl geführten Teil der Reste von der rätekommunistischen *Allgemeinen Arbeiterunion-Einheitsorganisation* (AAU-E) sowie dem revolutionären *Industrieverband für das Verkehrsgewerbe* hervorgegangen war. Im antiparlamentarischen „Spartakusbund II“, so die Kurzbezeichnung für den antibolschewistischen Kartellverband, regte sich alsbald Kritik an dem Reichstagsmandat von Katz, das dieser nicht aufzugeben bereit war. Die unterschiedlichen Vorstellungen der ehemaligen KPD-Opposition und des Industrieverbands veranlassten letzteren zum Ausscheiden. Nachdem sich die Mitgliederzahl des *Spartakusbund II* binnen eines Jahres von angeblich 12.000 auf 3.000 verringert hatte, führte er

turellen Umbau abstellte, verstand die „Linke“ darunter eine innerparteiliche Vereinheitlichung unter Ausschluss jedweder Fraktionen und Richtungen. Vgl. Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (wie Anm. 18), S. 85 ff.

⁴⁰ Hermann Weber, *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD*, in: ders. / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943)*, Berlin / Boston 2014, S. 9–125, hier S. 58 ff.

nurmehr ein Schattendasein, dem Franz Pfemfert mit der von ihm redigierten „Aktion“ ein publizistisches Forum bot.⁴¹

Eine zweite Strömung der ultralinken Opposition, die zunächst noch innerhalb der KPD in Erscheinung trat, war die *Entschiedene Linke*, eine Gruppierung, die sich um die KPD-Reichstagsmitglieder Karl Korsch, Heinrich Schlagwerth und Ernst Schwarz formierte. Die KPD-Führung reagierte auf den „spießbürgerlichen Philosophen Korsch“ wie schon auf die „Katzbande“ (Stalin): mit taktischen Manövern, die auf eine Disziplinierung der Basis abzielten, und mit unversöhnlicher Härte gegen die oppositionellen Wortführer. Das im Mai 1926 aus der Partei entfernte Triumvirat stellte fortan als *Gruppe Internationaler Kommunisten* eine eigene Fraktion im Reichstag.⁴² Im Juli 1926 erklärte das Zentralkomitee⁴³ der KPD an die Adresse der Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der Partei, dass fortan jede Verbindung mit der Schwarz/Korsch-Gruppe unweigerlich einen Parteiausschluss nach sich ziehen würde. Anfang 1927 wurden etwa 4.000 Anhänger/innen der *Entschieden Linken* zugerechnet, die wiederum in zwei Richtungen auseinanderstrebte. Während der Flügel um Schwarz sich der bereits auf eine irrelevante Schwundstufe reduzierten KAPD annäherte, versprach sich die um Korsch und Schlagwerth gruppierte Richtung mehr Erfolg von einer Tuchfühlung mit den noch in der KPD verbliebenen Oppositionellen. Wie zuvor im Fall Katz im *Spartakusbund II* lieferte das Reichstagsmandat von Schwarz wieder den Stein des Anstoßes für das Zerwürfnis mit der KAPD, das im April 1928 dem Projekt faktisch ein Ende setzte. Die Korsch-Richtung in der *Entschieden Linken*, die den

⁴¹ Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 136 ff.

⁴² Die von der Korsch-Richtung innerhalb der Entschieden Linken anvisierte Vereinigung mit der Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe kam zwar nicht zustande, führte aber im November 1926 zu einer – wenn auch kurzzeitigen – gemeinsamen Reichstagsliste „Linker Kommunisten“, der sich bis Ende 1927 14 der insgesamt 45 kommunistischen Abgeordneten dieser Linie anschlossen. Vgl. Langels, Die ultralinke Opposition (wie Anm. 23), S. 118.

⁴³ Ausweislich des auf dem X. Parteitag der KPD im Juli 1925 angenommenen neuen Statuts trat an die Stelle der Leitungsgremien „Zentrale“ und „Zentral-Ausschuss“ das „Zentralkomitee“ als die einheitliche höchste Führungsinstanz. Vgl. den Teilabdruck des Statuts in: Hermann Weber (Hg.), Der deutsche Kommunismus – Dokumente 1915–1945, 3. Aufl., Köln 1973, S. 254 ff.

von Schwarz eingeschlagenen Weg zur KAPD/AAU als aussichtslos einschätzte, vollzog den Schwenk in die zu befürchtende Sackgasse nicht mit. Diese Strömung organisierte sich als Gruppe *Kommunistische Politik*. Mit bis zu 3.000 Anhänger/innen wirkte sie noch eine Zeit lang in und außerhalb der KPD weiter, bis die zunehmenden Parteiausschlüsse jede Perspektive auf einen Einflusszuwachs in der Partei als unrealistisch erscheinen ließ. Konsequenterweise stellte die *Kommunistische Politik* im April 1927 ihren Fraktionsanspruch innerhalb der KPD zugunsten einer eigenen Parteigründung zurück. Ende des Jahres steckte dieses Vorhaben bereits in den Ansätzen fest.⁴⁴

Dass die Aussichten für die Opposition innerhalb der KPD alles andere als günstig waren, zeigte auch jene ultralinke Arbeitergruppe, die als „Weddinger Opposition“ ihre Basis in einigen Parteibezirken bis 1927/28 halten konnte, dann jedoch aufgrund innerer Konflikte auseinanderfiel. Konnten die Wortführer der internen Opposition nicht anderweitig zur Raison gebracht werden, enthob sie das ZK entweder ihren Funktionen oder entfernte sie aus der Partei.⁴⁵ Als die KPD-Spitze dann ab 1929 selbst einen ultralinken, entschieden stalinistischen Kurs einschlug und um Thälmann einen auf das Vorbild des Diktators in Moskau rekurrierenden Personenkult inszenierte, war damit allen weiteren Oppositionsbildungen und jedweder Fraktionsarbeit – zumal gegen die Direktiven der Komintern – endgültig der Boden entzogen.

Jene Fachleute und Entscheidungsträger im Parteiapparat, die auf Abstand zu den abweichenden Strömungen bedacht waren und in der Absicht, „nicht in die Grabenkämpfe hineingezogen zu werden“, stets mit der jeweils tonangebenden Fraktion konform gingen, vereinten sich schließlich mit der kominterntreuen Linken „zur deutschen Stalin-Frak-

⁴⁴ Vgl. Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), 9 (1961), 4, S. 359–383, hier S. 379 ff.; Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 18), S. 149–155; Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ (wie Anm. 41), S. 142 ff.; Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin (wie Anm. 38), Kapitel 4.2.3. u. 4.5.2.

⁴⁵ Marcel Bois, Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition“ der KPD, in: JHK, 2008, S. 58–67.

tion“, „die wichtigste Voraussetzung für die endgültige Stalinisierung der KPD“. ⁴⁶ Was die Kaderstrukturen anbelangte, ging diese Transformation mit einem „Trend zur Abwanderung der Intellektuellen“ und einem „Ansteigen der ungelerten Arbeiter und Berufsrevolutionäre“ einher – mithin ein gesteuerter Prozess, um im „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ „neue bolschewistische Führer“ ohne solche Herkunftsbezüge heranzuziehen. ⁴⁷

Bis dahin hatten die schonungslosen Fraktionskämpfe, der Zwang zur Unterordnung unter die jeweils dominierenden Parteilinien, die damit verbundenen Rituale der Unterwerfung und Selbstkritik und nicht zuletzt eine rigide Ausschlusspraxis sowie zahlreiche Austritte zu mehrfachen Neuzusammensetzungen der Parteikader sowie zu einer enormen Fluktuation an der Basis und innerhalb des Führungskorps geführt. ⁴⁸ Mit der Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie ging zudem ein permanenter Wechsel im Spitzenpersonal einher, dem nicht unbedingt ideologische Motive zugrunde lagen: „Die ständigen Säuberungen im Apparat und die Ausschaltung Oppositioneller boten etliche Aufstiegschancen“, wobei „integre Personen“ und „aufrechte Idealisten“ in der Regel den Kürzeren zogen und ausschieden. Profilierungsdrang im Fraktionskampf und das Konkurrenzverhalten bei der Besetzung der Führungspositionen intensivierten persönliche Rivalitäten und setzten eine Negativselektion in Gang, die „korrumpierte Egoisten“ und „zynische Karrieristen“ mit konformistisch-autoritären Eigenschaften in die höchsten Ämter brachte. ⁴⁹

⁴⁶ Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 22.

⁴⁷ Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (wie Anm. 7), S. 51.

⁴⁸ Ebd., S. 50–55. Parteisäuberungen waren den Sektions-Parteien der Komintern bereits 1920 in den für den Beitritt verpflichtenden „21 Bedingungen“ auferlegt worden. Demnach waren die kommunistischen Parteien angewiesen, regelmäßig diesbezügliche Kampagnen einzuleiten und mittels Neuregistrierungen (Austausch der Mitgliedsbücher) umzusetzen. Als Maßnahmen gegen Bürokratismus, Karrierismus und Korruption vorgesehen, erfüllten sie mehr und mehr eine politische Funktion, indem sie der Ausschaltung oppositioneller Strömungen dienten. Vgl. Hermann Weber, Einleitung: Bemerkungen zu den kommunistischen Säuberungen, in: ders. / Ulrich Mählert (Hg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*. Erw. Sonderausgabe, Paderborn u. a. 2001, S. 1–31, hier S. 9.

Insofern gewährleistete das bloße Bedürfnis materieller Existenzsicherung, also Berufsverhältnisse, die Kohärenz des Führungskorps. Immerhin waren 1927 von den etwa 20.000 bis 30.000 aktiven Funktionären unten den etwa 140.000 Mitgliedern der KPD mehr als 5.000 hauptamtliche Funktionsträger/innen direkt oder mittelbar von der Partei abhängig.⁵⁰ Etwa 20 Prozent der aktiven Kader waren zur materiellen Absicherung ihres eigenen Lebensunterhalts und der ihrer Familien entweder auf die KPD oder die Komintern angewiesen, denn eine Wiederaufnahme ihrer vormaligen Berufe war den exponierten Kommunisten in der Regel versperrt.⁵¹

Intellektuelle, an der Parteibasis Ausnahmeerscheinungen, waren in der Führungsebene überdurchschnittlich vertreten. Nach der Reichskontrolle von 1927 hatten 0,9 Prozent der Mitglieder eine Hochschule besucht.⁵² Die im KPD-Führungsapparat bis Ende der 1920er Jahre relativ häufig anzutreffenden Akademiker wahrten offenbar eher kritische Distanz zu jeweils maßgeblichen Direktiven und verhielten sich öfter nonkonformistisch. Von den 62 promovierten Funktionären fielen immerhin 26 Personen (40 Prozent) den internen Säuberungen zum Opfer oder verließen die Partei auf eigene Initiative. Überdies kam ein

⁴⁹ Hermann Weber, Einleitung: Bemerkungen zu den kommunistischen Säuberungen, in: ders. / Ulrich Mähler (Hg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*. Erw. Sonderausgabe, Paderborn u. a. 2001, S. 1–31, hier S. 1 f.; Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 29 f.; Doris Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960)*, Göttingen 2012, S. 195.

⁵⁰ Nach der Reichskontrolle von 1927 waren im Parteiapparat der KPD 2.348 Personen direkt beschäftigt. 3.736 arbeiteten in parteieigenen Betrieben oder Sowjetinstitutionen in Deutschland. Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 27.

⁵¹ Ebd., S. 26. Dass der Einfluss, über den die KPD in sympathisierenden Kreisen linker oder liberaler Künstler und Intellektuellen verfügte, die quantitative Bedeutung der Parteistatistik überstieg, ist verschiedentlich angemerkt worden; vgl. beispielsweise Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat* (wie Anm. 49). Die Autorin verweist darauf, dass es die KPD spätestens seit 1924 nicht auf den Zustrom von Intellektuellen anlegte. Ebd., S. 89 f.; Ben Fawkes, *Communism and the Avant-Garde in Weimar Germany*, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement* (wie Anm. 6), S. 220–239.

⁵² Vgl. zum Verhältnis von intellektueller Freiheit und Parteibindung: Bernhard B. Bayerlein (Hg.), *„Der Verräter, Stalin, bist Du!“*. Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, Berlin 2008.

Drittel von ihnen auf gewaltsame Art ums Leben: vier Parteiführer/innen schon in der Frühphase der Partei, fünf Spitzenkader durch den Hitler-Terror und elf in den stalinschen Säuberungen.⁵³

Kommunistische Milieus im Widerstand

Eine gefestigte Milieuverankerung war eine wesentliche Ausgangsbasis für den aktiven Widerstand gegen das NS-Regime und insofern ein wichtiger Einfluss, aber nicht unbedingt der ausschlaggebende Faktor. Letztlich war die Bereitschaft dazu eine individuelle, wenn auch nicht immer aus freien Stücken zu treffende Entscheidung. Persönliches Risiko und familiäre Verantwortlichkeiten waren jeweils im Hinblick auf die situativen Gelegenheitsstrukturen abzuwägen und gaben möglicherweise den Ausschlag für Entscheidungen, die nicht unbedingt einer kalkulierten Zweck-Mittel-Relation entsprachen. Insgesamt sind vor dem Hintergrund einer weitestgehend gleichgeschalteten „Volksgemeinschaft“ sechs „idealtypische Verhaltensmuster“ linker Akteure festzustellen:

1. Rückzug in die Passivität, 2. Tatsächliche Gleichschaltung in den alten Vereinsstrukturen, 3. Tarnung fortbestehender Arbeitersportvereine durch vorgetäuschte Gleichschaltung, 4. Individuelle Anpassung in einem ‚bürgerlichen‘ Verein, 5. Wahrung des Milieuzusammenhangs durch kollektives Unterschlüpfen in anerkannten Vereinen oder Abtauchen in informelle Kreise und 6. Konspirative Untergrundarbeit als Teil des politischen Widerstandes.⁵⁴

Das Generations- und Sozialprofil der kommunistischen Massenillegalität von 1933/34 entsprach noch im Wesentlichen dem der späten Weimarer Republik. Es handelte sich in der Regel um angelernte oder gelernte Arbeiter, die als jüngere Erwerbslose in der Weltwirtschaftskrise der KPD oder ihrer Nebenorganisationen beigetreten waren. Ihre

⁵³ Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 34 f.

⁵⁴ Detlef Schmiechen-Ackermann, *Sozialistische Milieureine nach 1933. Strategien der Anpassung und der Verweigerung am Beispiel der Arbeitersportler und Arbeitersänger*, in: ders. (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997, S. 123–143, hier S. 129 f.

„emotionelle Prägung“ war „durch die Existenzangst der Krisenjahre und den ihr korrespondierenden ultralinken Kurs“ mitsamt den Disziplinaranforderungen bestimmt. Zuvorderst gab die „Naherwartung des Zusammenbruchs“ des Regimes den Anstoß für das antifaschistische Engagement.⁵⁵ Ob im kommunistischen Widerstand tatsächlich erst ab 1935 ältere Funktionäre aktiv wurden, also jene Kader, die über jahrzehntelange Erfahrungen in der Arbeiter/innenbewegung verfügten und bereits die Haft in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Regimes kennengelernt hatten, erscheint zwar plausibel, ist zwischenzeitlich jedoch angezweifelt worden.⁵⁶

Das gegen den Nationalsozialismus „mobilisierbare Oppositionspotenzial“ in einzelnen Stadtteilen war abhängig von „der Konsistenz und Belastbarkeit der jeweiligen Quartiersmilieus (und der damit verbundenen Vereins- und Betriebsmilieus)“.⁵⁷ Dies betraf sowohl die Abwehr der expandierenden NS-Bewegung als auch die Resistenz nach der Machtübertragung an die nazistisch-rechtsvölkische Koalitionsregierung am 30. Januar 1933. Dabei galt:

⁵⁵ Detlef Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, S. 172 (Zitatpassage) u. S. 191. Peukerts Verweis auf die überwiegend jüngeren Akteure des KPD-Widerstands, die sich bereits als Erwerbslose während der Weltwirtschaftskrise radikalisiert hatten, ist anhand von Gegenbeispielen grundsätzlich in Frage gestellt worden von Klaus-Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger. Kommunistischer Widerstand an der Saar und im Exil 1933–1945*, in: ders. / Gerhard Paul, *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995, S. 333–640, hier S. 375 u. S. 402 f. Dagegen ist einzuwenden, dass die für die KP des von 1920 bis 1935 vom Deutschen Reich abgetrennten Saargebiets erhobenen Befunde insgesamt kaum repräsentativ sein dürften, auch nicht, was die vormaligen kommunistischen Hochburgen im Rheinland und Ruhrgebiet anbelangt.

⁵⁶ Klaus-Michael Mallmann, *Konsistenz oder Zusammenbruch? Profile des kommunistischen Widerstandes 1933–1945*, in: Schmiechen-Ackermann. (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand* (wie Anm. 54), S. 221–237, hier S. 227. Dieser Befund trifft auf den Widerstand im Zweiten Weltkrieg zu, da inhaftierte Kommunisten aus den Zuchthäusern nach der Verbüßung ihrer Haftstrafen in der Regel zur „Schutzhaft“ in die KZ überstellt wurden, aus der sie nach Kriegsbeginn weisungsgemäß nicht mehr entlassen wurden.

⁵⁷ Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen* (= *Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 47), Bonn 1998, S. 711.

Je homogener proletarisch geprägte Quartiersmilieus in sozialer Hinsicht waren, desto stabiler gestaltete sich meist der gewachsene Milieuzusammenhalt, wie z. B. in manchen ‚klassischen‘ Arbeitervierteln oder Zechensiedlungen. [...] Aus dem Milieuzusammenhang gespeiste ‚Resistenz‘ basierte in aller Regel auf einer vor 1933 breit fundierten kulturellen Hegemonie des sozialistischen Milieus.⁵⁸

Die Resistenzkraft proletarischer Milieus war regional unterschiedlich ausgeprägt. Eine tragfähige Basis für „nonkonformes Verhalten und kollektive Formen der Verweigerung“ war dort verhältnismäßig stärker vorhanden, wo „das Netzwerk der sozialistischen Milieuorganisationen besonders dicht und trotz der parteipolitischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung noch vergleichsweise konsistent war“.⁵⁹

Im aktiven Widerstand der KPD-Mitglieder vor Ort waren den Beteiligten ihre freundschaftlichen Verhältnisse und familiären Bindungen oft wichtiger als abstrakte Parteibeschlüsse oder jenseitige Direktiven der Komintern, die nach situativen Gesichtspunkten „nicht quasi pur praktiziert, sondern durch lokalgesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Rücksichtnahmen, milieuspezifische Kriterien von Ehre und Ansehen, persönliche Beziehungen und Freundschaften gefiltert wurde[n]“. ⁶⁰ Nach Mallmann bildeten politisch identische Familien, die nicht selten aus drei Generationen mehrfach organisierter Aktivisten bestanden, die stabilsten Grundelemente des kommunistischen Antifaschismus. Solche vernetzten, durch Familien- beziehungsweise Verwandtschaftsbeziehungen abgesicherten „familiarisierte[n] Milieukerne“ überdauerten als die „letzten solidargemeinschaftlichen Auffangbecken im Zerfallsprozeß linksproletarischer Milieus“. ⁶¹ Selbst wenn die Milieus aufgrund der rigorosen Repression, der demoralisierenden Wendungen der sowjetischen Außenpolitik und der volksgemeinschaftlichen Integrationsversprechen des NS-Staates ihre Bindungskraft verloren und auf einen „sich verhärtenden Kern verschwägerter Familien“ zusammenschumpf-

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd., S. 715.

⁶⁰ Mallmann, Konsistenz oder Zusammenbruch? (wie Anm. 56), S. 228.

⁶¹ Mallmann, Die geschlagenen Sieger (wie Anm. 55), S. 409.

ten,⁶² so dass Resistenz zuletzt nur noch als reiner symbolischer Existenzbeweis oder als Akt trotziger Selbstbehauptung erscheinen mochte, so war

kommunistischer Widerstand nie ein lediglich nach Zweck-Mittel-Relationen rational kalkuliertes Unternehmen. Stets blieb er untermischt mit jenen älteren Dispositionen der Milieubindung und -konfrontation, die ihn gleichermaßen beflügelten wie begrenzten, die ‚Milieu‘ in der Illegalität zu einem durchaus ambivalenten Faktor machten. War ‚Milieu‘ auch eine unabdingbare Voraussetzung kommunistischen Widerstandes, so war es doch nie dessen sicherer Ort. Es unterlag der Erosion und schmolz im Laufe der Jahre, es pflegte die traditionellen Verkehrsformen und sorgte durch Querverbindungen und Bekanntschaften für die Transparenz illegaler Zusammenhänge, und es verführte zu demonstrativen Kraftproben, zum Rekurs auf die Rituale symbolischer Politik.⁶³

Kalkül und Risikoabschätzungen dürfen dabei aber nicht außer Acht bleiben, sie waren gleichsam die Voraussetzungen für individuell zu treffende Entscheidungen, gerade weil man sich irgendwann eingestehen musste, „daß die Parteiführung kein Patent zur Lösung der anstehenden Probleme besaß, weil man längst begriffen hatte, daß man jeden Fehler in der Einschätzung auch selbst ausbaden mußte“. Widerstand setzte nicht nur konspirative Techniken voraus, sondern auch eine Orientierung an realitätsgerechten Optionen unter Ausnutzung eigener Spielräume: „Mit Dissidenz hatte dies in aller Regel nichts zu tun, wohl aber mit selbstbewußtem Gebrauch des eigenen Gehirns; eine ‚stalinierte‘ Partei – so scheint es – war die illegale KPD an ihrer Basis damals weniger denn je.“⁶⁴

⁶² Ebd., S. 346 u. S. 403–409; Klaus-Michael Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Christl Wickert (Hg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 82–97, hier S. 92. Vgl. auch Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat / Hartmut Mehringer / Elke Fröhlich (Hg.), Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand (= Bayern in der NS-Zeit; 5), München 1983, S. 1–286, bes. S. 185 f.

⁶³ Mallmann, Konsistenz oder Zusammenbruch? (wie Anm. 56), S. 231.

⁶⁴ Mallmann, Die geschlagenen Sieger (wie Anm. 55), S. 333–640, hier S. 494.

Mit Abstrichen und Zugeständnissen an die Verhältnisse sanktionierte die Exilleitung diese Entwicklung. Weil sich die Niederlage der Arbeiter/innenbewegung nicht mehr verleugnen ließ, verabschiedete sich die „Brüsseler Konferenz“ der KPD, die im Oktober 1935 im Anschluss an den VII. Komintern-Kongress in der Nähe von Moskau tagte, von den bisherigen Revolutionserwartungen. Da für den Sturz des NS-Regimes die eigenen Kräfte keinesfalls ausreichten und dafür ein langer Atem vonnöten war, wurde der ultralinke Kurs aufgegeben. Stattdessen wurde die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie beschworen – die Herstellung einer antifaschistischen Volksfront angestrebt. In organisatorischer Hinsicht setzte die neue Generallinie stärker auf Dezentralisation. Den unteren Parteieinheiten wurden nun mehr Selbständigkeit und Initiative zugestanden.

Als neue Taktik für die Undercover-Aktivitäten fungierte das „trojanische Pferd“; mit diesem Vehikel sollten die Organisationen und Institutionen des NS-Regimes in der Absicht infiltriert werden, „die durch das Regime gebotenen Foren der Interessenartikulation als organisatorische Hülle, aber auch als Plattform für legale und halblegale Agitation für sich zu nutzen“.⁶⁵ Das „trojanische Pferd“ erwies sich als überaus ambivalentes Unterfangen. Wenn die Taktik tatsächlich funktionierte, waren die Beteiligten in ihrem sozialen Umfeld nicht selten als „Überläufer“ diskreditiert.⁶⁶ Obwohl die Sicherheitsbehörden darauf äußerst nervös reagierten, bereitete es dem Regime keine Schwierigkeiten, die an Nazi-Standpunkten anknüpfende Kritik in den Betrieben entweder zu isolieren, zu kanalisieren und zu vereinnahmen oder mithilfe der Deutschen Arbeitsfront aufzudecken und durch die Gestapo zu zerschlagen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, dass vielerorts Aversionen gegen die Versuche bestanden, innerhalb der NS-Strukturen einen verdeckten Klassenkampf zu institutionalisieren. Vielmehr verwiesen die Genossen, soweit möglich, stolz auf die Absti-

⁶⁵ Ebd., S. 438.

⁶⁶ Ebd., S. 441; Udo Grashoff, Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Göttingen 2021, S. 36 ff.

nenz von allen NS-Organisationen.⁶⁷ Dort, wo auf Betriebsebene an die Protestartikulation in den NS-Verbänden aufgegriffen wurde und es in Verbindung mit einer interfraktionellen Aktionseinheit in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern tatsächlich gelang, diese sogar in einen größer angelegten, gar betriebsübergreifenden Widerstand auszuweiten, schlug das koordinierte Repressionsensemble des Regimes umso härter zu. Im Raum Wuppertal verhaftete die Gestapo beispielsweise im Zuge der Zerschlagung des von Sozialdemokraten und Kommunisten getragenen betrieblichen Widerstandes zwischen 1935/36 bis zu 1.900 Personen, von denen die NS-Justiz in den sogenannten Gewerkschaftsprozessen 628 Angeklagte aufgrund von „Hochverrat“ aburteilte.⁶⁸

„Die Wirklichkeit des Widerstandes“ der Kommunisten wird in der Forschung einerseits als „profan“ abgetan, andererseits als „verlustreiche[r] Aktionismus“, als aussichtsloses Unterfangen bewertet.⁶⁹ In der Tat ging es dabei vorrangig darum, die verhafteten Kader zu ersetzen und die noch tätigen Zellen abzuschirmen, aber auch darum, Mitglieds-gelder zu sammeln und die Familien verhafteter Genossen zu unterstützen. Darüber hinaus galt es, einen symbolischen „Existenzbeweis“ im öffentlichen Raum zu demonstrieren – etwa durch identitätsstiftende Parolen an Häuserwänden („KPD lebt!“). Um die „Solidarstrukturen zu bewahren und aufklärerische Gegenöffentlichkeit durch das gedruckte und das gesprochene Wort herzustellen“, wurden Flugblätter, Kleinzeitungen, Streuzettel sowie Broschüren hergestellt oder eingeschmuggelt und unter großen Gefahren verteilt.⁷⁰

Für die Erosion der resistenten Milieus werden – neben exogenen Faktoren (Repression) – vor allem auch endogene Faktoren (Demorali-

⁶⁷ Klaus Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 435.

⁶⁸ Stephan Stracke, *Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität*, Bremen / Wuppertal 2012. Bereits während der staatspolizeilichen Voruntersuchung kamen 17 Beschuldigte zu Tode.

⁶⁹ Andreas Herbst, *Kommunistischer Widerstand*, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004, S. 33–55, hier S. 36 u. S. 51.

⁷⁰ Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 333–640, hier S. 422.

sation) verantwortlich gemacht; eine destruktive Gemengelage, die zusammengenommen die „kategoriale Krise“ des Widerstandes bedingte. Als mentale Begleiterscheinungen müssten demnach die

Zersetzung von Zukunftsorientierungen und sozialen Verlässlichkeiten, die Enttraditionalisierung und Entbettung sozialer Beziehungen, insbesondere aber der Entbildungsprozeß durch eine Auflösung der inneren Sinnstruktur, der Zerfall kollektiver Ideale, die Kompromittierung der zugrundeliegenden Ideen beachtet werden.⁷¹

Die aus dem Auseinanderdriften von Utopie und Realität resultierende Desillusionierung lähmte den Widerstand dennoch keineswegs nachhaltig. Mochten sich die Illegalen unter dem Druck auch von der historischen Mission der Arbeiterklasse verabschieden und verlor die doktrinätre Treue zur Sowjetunion zudem ihre Überzeugungskraft, so wirkte nun die Aussicht auf das baldige Ende des Krieges motivierend, um Sand in das Getriebe der Rüstungsproduktion zu streuen und um dadurch zu dessen Verkürzung beizutragen. Die Hoffnung auf radikale Umwälzungen nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes verstärkte diesen Impuls.

Ob das Syndrom, das sich – wie Mallmann ausführt – durch den Verlust der Sowjetunion als ideologischer Projektionsfläche und als Referenzsystem für die Feindschaft zum Nationalsozialismus angeblich einstellte, tatsächlich derart wirkungsmächtige Effekte nach sich zog oder doch eher nebensächlich war, ist klärungsbedürftig. Ohnehin trifft dieser Befund nicht für das ganze Spektrum des links-proletarischen Widerstands zu. Von den linken Zwischengruppen, jenen linkssozialistischen, dissident-kommunistischen und anarcho-syndikalistischen Strömungen, die Anfang 1933 noch über 22.000 Mitglieder verfügten, waren danach immerhin 10.000 Mitglieder im Untergrund aktiv – etwa die Hälfte des gesamten sozialistischen und kommunistischen Widerstands. Rein quantitativ war die Ausgangslage der SPD und KPD im Jahr 1933 mit zusammengenommen 1,3 Millionen Parteimitgliedern sowie 3,5

⁷¹ Ebd., S. 540.

Millionen Mitgliedern der Freien Gewerkschaften zwar imponierend, in qualitativer Hinsicht aber eben nur bedingt.⁷²

In seiner auf das Saarland fokussierenden Falluntersuchung geht Mallmann von einer beinahe vollständigen Gleichschaltung in einer Provinz aus, in der die KPD-Residuen lediglich als „Katakombengesellschaft, eine[.] Sekte im Untergrund“ identifiziert werden.⁷³ Die These einer weitgehend sozialen Ghettoisierung des kommunistischen Widerstands erscheint in Anbetracht der in den Metropolen ansatzweise rekonstruierten Verhältnisse zu pauschalisierend. In Berlin und vermutlich auch in anderen Großstädten reichten die Netzwerke des kommunistischen Widerstands erheblich weiter als die familiären und nachbarschaftlichen Sozialbeziehungen. Außerdem vermitteln die Relationen des linken Widerstands einen anderen Eindruck. In Berlin wurden von den 2.000 Angehörigen der linken Zwischengruppen 350 gerichtlich verurteilt, aus den Reihen der KPD wurden zwischen 1933 und 1939 mindestens 3.500 verfolgt und inhaftiert, davon mehrere Hundert hingerichtet.⁷⁴

Abgesehen von ihrem proportional höherem Engagement und ihren Opferzahlen, bewiesen die Angehörigen linksradikaler Zwischengruppen in der Illegalität auch in puncto Systemresistenz und Einsatzbereitschaft oft mehr antitotalitäre Prinzipienfestigkeit als jene der früheren Massenparteien. Wenn auch nicht in ihrem Anspruch, so doch in der Praxis erwiesen sich die Zwischengruppen als „Eliteorganisationen“ und waren bereits vor 1933 besser auf die Illegalität vorbereitet. In Voraussicht einer rigiden Verfolgungssituation hatten sie ihre Organisationen früh auf konspirative Tätigkeiten umgestellt und in der Regel auf der Basis abgeschirmter und autonomer Dreier- oder Fünfergruppen strukturiert.⁷⁵ Dagegen beharrte die KPD-Führung, trotz der potenziellen Einbruchsstellen in das konspirativ unzureichend abgesicherte Zellen-

⁷² Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986, S. 241.

⁷³ Klaus-Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 460.

⁷⁴ Hans-Ulrich Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945*, Berlin 2007, S. 610 f.

system, bis 1935 immer wieder auf die Rekonstruktion ihres zentralen Apparates. Im Verlauf der effektiven Verfolgung der Gestapo bekam der Zusammenhalt der Restgruppen einen zufälligeren Charakter und war damit weniger durchschaubar. Informelle Alltagszusammenhänge rückten in den Vordergrund und spielten in der Illegalität eine entscheidende Rolle:

Doktrinaire politische Einstellungen waren nicht mehr Zeichen prinzipieller Festigkeit; von Anpassungsgemeinschaft, Kompromißbereitschaft hingen Menschenleben, hing das eigene Schicksal ab. Es war kein bewußter Lernprozeß, vielmehr standen existentielle Zwänge hinter den organisationspolitischen Nivellierungsprozessen.⁷⁶

Das individuelle Bestreben, ungeachtet der im Alltag unvermeidlichen Anpassungsleistungen im engeren sozialen Umfeld eine humanistische Identität zu bewahren, zumindest in der Familie oder im Kreis der Kollegen antiautoritäre Umgangsformen aufrechtzuerhalten und wenn auch nicht durch offenes Verhalten, so doch durch den Willen, das NS-Regime nicht als sozialrassistische Utopie zu akzeptieren, sondern als exklusiven Klassenantagonismus abzulehnen, wirkten dabei identifikations- und gemeinschaftsbildend. Selbstbehauptung unter den Bedingungen der NS-Diktatur zeigte sich in einer Solidaritätspraxis, zum Beispiel durch die Sammlung von Geldspenden zur Unterstützung der Inhaftierten, was die Verfolgungsbehörden ebenso wie das Kassieren von Mitgliedsbeiträgen als „Vorbereitung zum Hochverrat“ ahndeten. Sogar aktivere Formen des kommunistischen Widerstandes, etwa jener in den Betrieben, sind von der Forschung lange vernachlässigt worden – darunter die vereinzelt Kurz- bzw. Abteilungsstreiks in der Industrie, eine innerbetriebliche Protestartikulation bis hin zu informellen Demonstrationen.⁷⁷ Dies liegt zum Teil auch an der Überlieferungs-

⁷⁵ Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner*, 2. Aufl. 1998, S. 58 f.

⁷⁶ Foitzik, *Zwischen den Fronten* (wie Anm. 72), S. 223.

⁷⁷ Stephan Stracke, *Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse*, in: Hans Coppi / Stefan Heinz (Hg.), *Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter*, Berlin 2012, S. 47–71; ders., *Komplizierte Erinnerung:*

situation, die insbesondere für die letzte Phase des Regimes dünner ausfällt, und andererseits auch daran, dass die Repressivorgane jedweden Dissens bereits in den Ansätzen unterdrückten. Verdeckte Gesinnungsgemeinschaften, die Sabotageaktionen in der Kriegsindustrie durchführten oder die Fluchthilfe von „Fremdarbeitern“ organisierten, blieben den Verfolgungsorganen hingegen öfters verborgen. Tatsächlich konnte sich der kommunistische Widerstand nach seiner weitgehenden Zerschlagung 1936/37 bis zum Kriegsende mehrfach regenerieren.⁷⁸ Noch in der Agonie des Regimes verhielten sich die überwinterten Zirkel – abgesehen von einigen aktivistischen Ausnahmen – entweder überwiegend abwartend oder agierten vorsichtiger, blieben jedoch weiter handlungsfähig, um dann kurz vor oder unmittelbar nach dem Ende des Regimes sofort initiativ in Erscheinung zu treten.

Die Opferbilanz des kommunistischen Widerstands fällt exorbitant aus. Kein anderes politisches oder religiöses Milieu musste ähnlich hohe Verluste hinnehmen. Schon in der Konsolidierungsphase des „Dritten Reiches“ 1933/34 wurden mindestens 60.000, wahrscheinlich sogar bis zu 100.000 Kommunisten und Kommunistinnen inhaftiert, 1935 kamen 15.000 hinzu. Bis zum Ende der NS-Diktatur dürften sich bis zu 150.000 Personen aus den Reihen der noch legalen KPD mal kürzer, mal länger in Haft befunden haben und/oder ins Ausland geflüchtet sein. Die Gesamtzahl der kommunistischen Todesopfer bis Kriegsende auf

Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, in: Stefan Berger (Hg.), *Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945*, Essen 2015, S. 401–420, hier S. 407. Zu den Streiks in der NS-Diktatur vgl. Günter Morsch, *Streik im „Dritten Reich“*, in: *VfZ*, 36 (1988), 4, S. 649–689; ders., *Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft, 1933–1936/37*, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 457 ff.

⁷⁸ Vgl. u. a. Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S. 457–529; Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration (wie Anm. 75)*, S. 167–180; Beatrix Herlemann, *Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation*, Bonn 1986; Annette Neumann / Bärbel Schindler-Saefkow, *Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation 1942 bis 1945*, in: Coppi / Heinz (Hg.), *Der vergessene Widerstand (wie Anm. 228)*, S. 144–157; Michael Schneider, *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 13)*, Bonn 2014, S. 1021–1035 u. S. 1087–1136.

20.000 veranschlagt.⁷⁹ Während das Gedenken an den kommunistischen Widerstand Staatsräson der DDR war, blieb die Erinnerung daran in der BRD ein kontrovers diskutiertes Thema oder wurde ganz ausgeblendet.

Fazit und Ausblick der Forschung

Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat der 2014 verstorbene Doyen der westdeutschen Kommunismusforschung, Hermann Weber, darauf verwiesen, dass das ungebrochene Erkenntnisinteresse an der Repressionsgeschichte der realsozialistischen Diktaturen einen langen Vorlauf hat:

Die Untersuchung des Terrors rückte nicht erst nach 1990 anstelle der Untersuchung der kommunistischen Bewegung oder der Herrschaftssysteme in den Mittelpunkt. [...] Während die Aspekte Terror und diktatorische Herrschaftssysteme gut erforscht sind, bleiben die radikale soziale Bewegung und deren Entwicklung insgesamt unterbelichtet.⁸⁰

Zur Bestimmung des Verhältnisses von Utopie und Wirklichkeit müsse jedoch unterschieden werden zwischen den zwei Seiten des Kommunismus: einer sozialen Bewegung, die als Abspaltung von der systemintegrierten Sozialdemokratie auf die „asoziale Seite des Kapitalismus, auf Ausbeutung und Rechtlosigkeit der unteren Klasse, die in schrecklicher Armut lebte“, reagierte und „den herrschenden kommunistischen Regimen, die ihre bereits eroberte Macht mit allen Mitteln, nicht zuletzt des Terrors halten, festigen und absichern wollten“.⁸¹

In den neueren Forschungsberichten und Literaturüberblicken zeichnet sich ein in den 1990er Jahren einsetzender Boom zum Thema ab. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zunächst ergab sich durch die neue weltpolitische Konstellation eine forschungspraktische Gelegenheitsstruktur. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und durch die

⁷⁹ Herbst, *Kommunistischer Widerstand* (wie Anm. 69), S. 39 u. S. 51. Vgl. auch Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945* (wie Anm. 78), S. 101 (Anm. 1), S. 104 f. u. S. 525; Allan Merson, *Communist Resistance in Nazi Germany*, London 1985, S. 32, 61, 182 f. u. 217.

⁸⁰ Hermann Weber, *Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven*, in: VfZ, 50 (2002), 4, S. 611–633, hier S. 617 u. S. 628.

⁸¹ Ebd., S. 628.

Öffnung der Archive im Osten taten sich exorbitant wichtige Quellenbestände auf, die erstmals einen tieferen Einblick in die internen Entscheidungsprozesse der KPD erlaubten.⁸² Hatte bis dahin die „quellenbedingte Beschränkung auf Polizei- und Justizakten“ der westlichen Historiographie einer „Perspektivenverengung“ aus dem Blick der Verfolgerinstanzen Vorschub geleistet, überwog in der DDR-Geschichtsschreibung vielfach eine selektive Wahrnehmung, die kritische Aspekte und Defizite weitgehend ausblendete und auch den kommunistischen Widerstand „in die Zwangsjacke des Klassenkampfschemas“ einpresste.⁸³ Auf der Grundlage der in neuen Recherchen erhobenen Fakten wurde nun eine Überprüfung und Neujustierung solcher Untersuchungen möglich, die – wie Wehler zustimmend beipflichtete – stets von „einer blindwütigen Imitation des Personenkultes um Stalin“ und einer „Unterwerfung der Mitgliederschaft“ durch eine „neuabsolutistische Herrschaft des Funktionsapparats“ der KPD ausgegangen waren.⁸⁴ Forschungspraktisch sind eine Abkehr von der herkömmlichen Parteien- und Politikgeschichte und eine Hinwendung zu sozial- und milieuorientierten Methoden feststellbar. Allerdings konnte bislang noch nicht klar herausgearbeitet werden, ob von einer kommunistischen Teilkultur innerhalb einer interfraktionellen Arbeiterbewegungskultur auszugehen ist oder von separierten Nischengemeinschaften – und darüber

⁸² Hermann Weber, Was beweisen die Akten? Anmerkungen zu Veröffentlichungen von Archivalien aus der DDR, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden: IWK), 33 (1997), 2, S. 232–243; Bernhard H. Bayerlein, Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943, in: Hermann Weber / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Bd. 5, Berlin / Boston 2014, S. 225–400, hier S. 228. Die Bestände in russischen Archiven sind von der Forschung bislang nicht komplett ausgewertet worden. Wladislaw Hedeler, Neue Untersuchungen über Linke Kommunisten in der KPD, in: JHK, 2015, S. 279–290, hier S. 280.

⁸³ Klaus-Michael Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 113–125, hier S. 115 f. In der Argumentation abwägend und empirisch breit unterfüttert die Studie von Grashoff, Gefahr von innen (wie Anm. 66).

⁸⁴ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 538.

hinaus: wie in Anbetracht dessen nun kommunistische Partei, soziale Bewegung, Lager und Milieu auszudifferenzieren sind.

In der neueren Forschung ist eine Hinwendung zu diversen Schwerpunktbereichen zu beobachten:

1. Lokal- und regionalgeschichtliche Analysen, teilweise auch mit komparativen Themenstellungen oder mit Bezug auf Teilaspekte oder Sonderentwicklungen,⁸⁵ etwa Ereignisse von besonderer Bedeutung wie die „März-Aktion“ von 1921 oder der „Deutsche Oktober“ 1923;⁸⁶
2. Darstellung der Vorfeld- und Unterorganisationen einschließlich deren Tätigkeitsfelder. Dabei werden nun feministische Fragestellungen stärker berücksichtigt. Das Spektrum der Vorfeld- beziehungsweise Nebenorganisationen war weit gefächert und ist bis dato ansatzweise, aber noch nicht in einer Gesamtdarstellung erfasst worden.⁸⁷ Zu nennen sind etwa die proletarischen Freidenkerverbände,⁸⁸ *Rote Hilfe*,⁸⁹ *Rotfrontkämpferbund*,⁹⁰ Sexualreformbewegung⁹¹, *Marxistische Abendschule* (MASCH),⁹² *Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen* (ARSO), *Kampfbund gegen den Faschismus*, *Kom-*

⁸⁵ Norman La Porte, „Stalinization“ and its Limits in the Saxon KPD, 1925–28, in: *European History Quarterly*, 31 (2001), 4, S. 549–590; ders., *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern / Berlin / Frankfurt a. M. 2003; Stefan Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln / Weimar / Wien 2011.

⁸⁶ Bernhard H. Bayerlein / Leonid G. Babichenko u. a. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003; Otto Wenzel, *1923 – die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution*, Münster 2003; Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923* (wie Anm. 36).

⁸⁷ Till Kössler, *Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 45 (2005), S. 599–614; Marcel Bois / Florian Wilde, *Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90*, in: *JHK*, 2010, S. 309–322.

⁸⁸ Zum in der Freidenkerbewegung organisierten proletarischen Atheismus vgl. Jochen-Christoph Kaiser, *Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik*, Stuttgart 1981.

⁸⁹ Dazu Nikolaus Brauns, *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938)*, Bonn 2003.

⁹⁰ Kurt G. P. Schuster, *Der rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975.

⁹¹ Vgl. Atina Grossman, *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920–1950*, New York / Oxford 1995, S. 35 ff.; Andreas Peglau, *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Gießen 2015, S. 92 ff.

munistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD),⁹³ *Proletarischer Gesundheitsdienst, Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit* oder *Roter Frauen- und Mädchenbund* (RFMB).⁹⁴

3. Dazu kommen zahlreichen biographischen Studien über die Exponenten und Exponentinnen der kommunistischen Bewegung, anhand derer die Kurskorrekturen und Wendepunkte der kommunistischen Bewegung und deren Auswirkungen unter subjektiven Gesichtspunkten deutlicher hervortreten.⁹⁵ Auch Funktionärinnen aus der „zweiten Reihe“ werden dabei einbezogen.⁹⁶ Dass sich der Funktionsalltag von Berufsrevolutionären alles andere als revolutionärromantisch gestaltete, sondern durch prekäre Umstände sowie unstetige Lebensverhältnissen geprägt war, ist anhand einer Kerngruppe aus dem Komintern-Apparat unter Einbeziehung von 320 Kadern dargestellt worden.⁹⁷

⁹² 1932 gab es MASCH-Einrichtungen in 36 großen deutschen Städten sowie zahlreiche kleinstädtische Filialen. Vgl. Brigitte Studer, *Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2020, S. 234 f.

⁹³ Barbara Köster, *„Die junge Garde des Proletariats“*. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Bielefeld 2005.

⁹⁴ Sara Ann Sewell, *Bolshevizing Communist Women. The Red Woman and Girls League in Weimar Germany*, in: *Central European History*, 45 (2012), 2, S. 268–305. Im bis 1930 semiautonomen RFMB waren 1926 etwa 25.000 weibliche Mitglieder organisiert. 1929 waren es noch 6.000, was 16,5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der KPD betrug, der insgesamt eine ausgesprochen männliche Dominanz und eine antifaschistische Instrumentalisierung attestiert wird. Bis Ende 1930 sank die Organisationsstärke des RFMB auf 4.000 Vgl. ebd., S. 279 f.

⁹⁵ Einen Überblick vermittelt Hermann Weber, *Zum Verhältnis von Politik, Ideologie, Strukturen und Kadern in der kommunistischen Bewegung*, in: *JHK*, 2010, S. 339–361. Nur sofern bislang nicht erwähnt: Norman LaPorte, Ernst Thälmann: *The Making of a German Communist, 1886–1921*, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, 51/2014, S. 127–157; Thilo Scholle, Paul Levi. *Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied*, Berlin / Leipzig 2017; Frank Jacob, *Rosa Luxemburg. Ein Leben für die Revolution (= Jüdische Miniaturen; Bd. 272)*, Berlin / Leipzig 2021.

⁹⁶ Z. B. Ottokar Luban, Fanny Thomas-Jeziarska (1887–1945). Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin, in: *JHK* 2003, S. 286–319; Karin Kuckuk, *„Im Schatten der Revolution“*. Lotte Kornfeld (1896–1974), Biografie einer Vergessenen, Bremen 2009; Michael Hundt, *Die Rote Marie 1896–1984 (Marie Griesbach)*, Lilienthal bei Bremen 2009; Egon Günther (Hg.), *Hilde Kramer: Rebellin in München, Moskau und Berlin 1900–1924*, Berlin 2011.

⁹⁷ Studer, *Reisende der Weltrevolution* (wie Anm. 92). Ein Sammelband zum Komintern-Personal enthält insgesamt 15.815 Einträge. Vgl. Michael Buckmiller / Klaus Meschkat (Hg.), *Biographi-*

4. Die publizistischen Aktivitäten und die Propaganda der KPD sind mittels diskursanalytischer und kommunikationstheoretischer Axiome stärker in den Fokus gerückt.⁹⁸ So wird etwa in einer Vergleichsstudie das KPD-Presseorgan *Die Rote Fahne* mit einem Pendant der NSDAP („Der Angriff“) kontrastiert. Während in *Die Rote Fahne* demnach „mehr Superlative und Elative, Verleumdungen des Gegners als auch Wiederholungen“ auftauchten, hätte die nationalsozialistische Publizistik mehr vom kommunistischen Wortschatz adaptiert als dies umgekehrt der Fall gewesen sei. Dabei hätten die „NS-typischen Redewendungen“ in der *Roten Fahne* eine tendenzielle Steigerung erfahren.⁹⁹ Das Zentralorgan der KPD diene überdies als Quellenfundus für eine Analyse, die dem Deutungsschema des „sekundären Antisemitismus“ folgt. Ihr Verfasser kommt zum Ergebnis, dass die Partei Judenfeindschaft zwar ostentativ ablehnte, dessen ungeachtet aber diese inhärent kultivierte, wohl auch, um den rechtsorientierten und nationalistischen Mittelschichten attraktiver zu erscheinen.¹⁰⁰
5. Das wechselseitige Beziehungsverhältnis zwischen der Komintern zu ihrer deutschen Sektion, insbesondere im Hinblick auf die aus dem

sches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007 (mit Daten-CD-Rom).

⁹⁸ 1923 unterhielt die KPD 34 Tageszeitungen, um 1925 dann 40 und 1929 noch 37. Vgl. Christa Hempel-Küter, *Die Tages- und Wochenpresse der KPD im Deutschen Reich von 1918 bis 1933*. Mit einem Titelverzeichnis und einem Personenregister, in: *IWK*, 23 (1987), 1, S. 27–82, hier S. 29, S. 34 u. S. 41. Vgl. auch dies., *Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik*. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung“, Frankfurt a. M. 1989.

⁹⁹ Arne von Röpenack, *KPD und NSDAP im Propagandakampf der Weimarer Republik*. Eine inhaltsanalytische Untersuchung in Leitartikeln von „Rote Fahne“ und „Der Angriff“, Stuttgart 2002, S. 209 u. S. 221.

¹⁰⁰ Olaf Kistenmacher, *Arbeit und „jüdisches Kapital“*. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik, Bremen 2016. Dieses Pauschalurteil „Antisemitismus“ ist mit plausiblen Argumenten hinterfragt worden von Gerhard Hanloser, *Die Rote Fahne und der Antisemitismus*. Olaf Kistenmachers Präsentation tatsächlicher und vermeintlicher antijüdischer Aussagen in der KPD-Tageszeitung, in: *SGO*, 20 (2017), S. 147–173. Zur Problemstellung auch Ralf Hoffrogge, *Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjuden-debatte“ des Preussischen Landtages von 1922*, in: Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.), *Judentum und Arbeiterbewegung*. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2018, S. 297–318.

sowjetischen Primat der Außenpolitik resultierenden Friktionen und Machtkämpfe sind inzwischen vertiefend dargestellt worden. Dabei wurde die Einflussgröße und Wirkungsmacht der Komintern neu gewichtet.¹⁰¹

6. Die Gewerkschaftspolitik der KPD in Gestalt der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* ist in jüngster Zeit mit dem Blick auf die selbständigen *Roten Einheitsverbände* intensiver untersucht worden. Dabei ist den *Einheitsverbänden* ein höheres Maß an Eigenständigkeit gegenüber den Parteinstanzen attestiert worden.¹⁰²
7. Außerdem wurde der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Kontext der Arbeiter/innenbewegung noch einmal auf den Prüfstein gestellt.¹⁰³ Dem Aspekt der Kollaboration

¹⁰¹ Hermann Weber, *The Stalinization of the KPD: Old and New Views*, in: Norman LaPorte / Kevin Morgan / Matthew Worley (Hg.), *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53*, Basingstoke / New York 2008, S. 22–44; Weber / Bayerlein (Hg.), *Der Thälmann-Skandal* (wie Anm. 27); Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 28); Joachim Schröder, *Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923*, Essen 2008; Hermann Weber / Jakov Drabkin / Bernhard H. Bayerlein / Alexander Galkin, *Deutschland, Russland, Komintern*, Reihe: *Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts*, 5, 3 Bde., Berlin 2014/15.

¹⁰² Stefan Heinz, *Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“: Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010*; ders. / Siegfried Mielke (Hg.), *Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung*, Berlin 2012; Hartmut Rübner, *Interklub, Bordzelle, revolutionärer Seeleutestreik. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ in der Seeschifffahrt während der Weltwirtschaftskrise*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, 17 (2003), S. 101–130; Constance Margain, *The German Section of the International of Sailors and Harbour Workers*, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement* (wie Anm. 6), S. 170–186.

¹⁰³ Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 2: *Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939)*, Berlin 2005; Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939* (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*; Bd. 12), Bonn 1999, S. 34–48, 78–84, 107 ff. S. 898–927, 978–1003, 1030 ff.; ders., *In der Kriegsgesellschaft* (wie Anm. 78), S. 1021–1035 u. 1087–1136. An lokalen Untersuchungen hervorzuheben ist Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt* (wie Anm. 74), S. 272–531. Einen Überblick vermittelt auch: Hermann Weber, *Die KPD in der Illegalität*, in: Richard Löwenthal / Patrik von zur Mühlen (Hg.), *Widerstand und Anpassung in Deutschland*, Bonn 1997, S. 83–101; Beatrix Herlemann, *Communist Resistance between Comintern Directives and Nazi Terror*, in: David E. Barclay / Eric D. Weitz (Hg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York / Oxford 1998, S. 357–371.

wurde dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil; dies vor allem hinsichtlich der Problematik der Zuarbeit für die Repressivorgane des NS-Staates.¹⁰⁴

8. Auch die Rolle der verschiedenen Zwischengruppen, die im Zuge der von der Komintern gesteuerten und jeweils von deren veränderten Kursvorgaben mal ins vermeintlich „rechte“, mal ins „linke“ oder „ultralinke“ Abseits gerieten, wurde detaillierter nachgezeichnet und in ihrer Bedeutung als Alternative zur stalinisierten KPD gewichtet.¹⁰⁵

Obwohl die Forschung nach dem Ende des Systemkonflikts boomte, gerieten innovative Ansätze der 1970er und 1980er Jahre entweder in Vergessenheit oder wurden abqualifiziert und deshalb nicht wieder aufgegriffen. Im Schatten blieben meist jene Gruppen dazwischen, auf die noch die außerparlamentarische Opposition der 1968er-Jahre rekurriert hatte: die linkskommunistischen Dissidenten,¹⁰⁶ die antiautoritären Rätekommunisten und der dem Syndikalismus ähnelnde Unionismus der *Industrieverbände*. Deren Historisierung in den folgenden Jahrzehnten kam der nachträglichen Entsorgung von Alternativkonzepten gleich.

¹⁰⁴ Siegfried Grundmann, *Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler*, Berlin 2010; Wilhelm Mensing, *Vertrauensleute kommunistischer Herkunft bei der Gestapo und NS-Nachrichtendiensten am Beispiel von Rhein und Ruhr*, in: JHK, 2004, S. 111–130; ders., *Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft – auch ein Strukturproblem der KPD?*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 34 (2005), S. 77–105; Udo Grashoff, *Widerstand als Farce? V-Männer in der illegalen KPD in Breslau 1935–1939*, in: JHK, 2016, S. 19–38; Hans Schafranek, *Widerstand und Verrat. Gestapospitzel im antifaschistischen Untergrund 1938–1945*, Wien 2017. Aus der Perspektive der Gestapoforschung: Thomas Gebauer, *Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf*, Hamburg 2011, S. 180 ff.

¹⁰⁵ Darunter fallen u. a.: „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ (1921), „Spartakusbund links-kommunistischer Organisationen“ (1926), „Entschiedene Linke“ (1926), „Gruppe Kommunistische Politik“ (1926), „Kommunistische Partei-Opposition“ (1928), „Leninbund“ (1928). Als wichtigste Abspaltung der SPD neben der Rest-USPD formierte sich im Herbst 1931 die „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ (SAPD). Vgl. dazu Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin* (wie Anm. 38).

¹⁰⁶ Etwa der aus 1931/32 aus linksoppositionellen Mitgliedern der SAPD und der KAPD gegründete konspirative Arbeitskreis der „Roten Kämpfer“, Vgl. Olaf Ihlauf, *Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“*, Meisenheim a. Glan 1969.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub

universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/81525

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20240209-061337-1

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online. 36 (2024), S. 81-116



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.